

## Bündnis Entwicklung braucht Entschuldung Aalen

### Treffen mit den Bundestagskandidat\*innen der CDU, SPD, Grünen und Linken im Wahlkreis 270 - Aalen-Heidenheim

Die Klimakrise und dann die Corona-Pandemie haben die Ungleichheit in der Welt vergrößert und zu einer Zunahme der weltweiten Überschuldungsgefahr geführt. 132 von 148 untersuchten Ländern im Globalen Süden sind kritisch verschuldet. 21 Länder befinden sich im teilweisen Zahlungsausfall, weitere Länder stehen kurz davor. Die Weltbank ging 2020 von 120 Millionen Menschen aus, die von extremer Armut betroffen sind. Im Jahr 2021 wird eine Zunahme von 30 Millionen prognostiziert. Statt in Gesundheit zu investieren, müssen die Länder Gelder für den Schuldendienst aufbringen.

Die UN fordert Schuldenerlasse von 1 Billion US-Dollar. Die G20 haben als Maßnahmen mit einem Schuldenmoratorium und dem Common Frame Work reagiert. Aber diese Maßnahmen sind nicht ausreichend, da nicht alle hoch verschuldete Länder berücksichtigt werden und beim Schuldenmoratorium die Privaten Gläubiger (Banken, Versicherungsgesellschaften ) nicht einbezogen sind. Tatsächlich wurde im Rahmen beider Maßnahmen der G20-Staaten bisher kein einziger Schulddollar erlassen. Einzig im Rahmen einer Initiative des IWF wurden bisher Forderungen in Höhe von ca. 700 Millionen US-Dollar gestrichen, die aber weniger als 1 Prozent der von der UN geforderten Summe ausmachen.

Im internationalen Recht klafft schon lange eine Lücke. Bereits 2014 hat die UN die Einführung eines internationalen, transparenten Staateninsolvenzverfahren gefordert. Dieser Forderung schließen sich das Entschuldungsbündnis Erlassjahr.de, Misereor, Brot für die Welt und auch das Aalener Bündnis „Entwicklung braucht Entschuldung“ an.

Das Aalener Bündnis, zu dem DGB, Weltladen, NaturFreunde, Kath. Bildungswerk, Attac und Act for Transformation gehören, hat zu diesem Thema Gespräche mit den Bundestagskandidat\*innen Leni Breymaier (SPD), Roderich Kiesewetter (CDU), Margit Stumpp (Bündnis 90 / Die Grünen) und Tim Steckbauer (Die Linke) geführt. Lediglich der FDP-Kandidat hat auf unsere Einladung nicht einmal geantwortet.

Wir bedanken uns bei allen Beteiligten für die angenehmen und interessanten Gespräche, die wir im Folgenden dokumentieren.



# Treffen mit Leni Breymaier (SPD) am 2. 9. 2021

(Leni Breymaier, Elisabeth Petasch, Janine Piper, Herma Geiß, Rüdiger Walter)

- *Die Schuldenkrise im Globalen Süden spitzt sich immer weiter zu und wird dramatisch verschärft durch die Klimakrise und die Corona-Pandemie. Der Internationale Währungsfonds und die Weltbank sprachen bereits 2020 von einem „verlorenen Entwicklungsjahrzehnt“ und davon, dass die „Sustainable Development Goals“ (SDGs) nicht erreicht werden. Teilen Sie diese Befürchtungen?*

Ja, ich teile diese Befürchtung. Wir müssen ein breites Bewusstsein dafür entwickeln, wie wir auf Kosten der Länder des Globalen Südens wirtschaften. Denken Sie nur an die Textilproduktion oder die Hähnchenfleischexporte. Wir haben auch Verantwortung wegen unseres klimaschädlichen Verhaltens.

Naomi Klein hat in ihrem Buch „Die Schock-Strategie“ die Konsequenzen der Privatisierungen nach externen Schocks beschrieben, die etwa nach den Zerstörungen des Hurricans Katrina in New Orleans zu Verwerfungen im Bereich Bildung und Gesundheit geführt haben.

- *Die Stimmen werden lauter, die in der Schuldenkrise des Globalen Südens ein strukturelles Problem sehen, das dringend der Reformierung bedarf. Bei den Vereinten Nationen wurde 2014 ein internationales, transparentes Staateninsolvenzverfahren gefordert. Die USA, Großbritannien und Deutschland haben dies abgelehnt. Wie stehen Sie zu dieser Forderung?*

Die Forderung nach einem internationalen transparenten Staateninsolvenzerfahren hat die SPD im Wahlprogramm. Unter der von SPD und Bündnis 90 / Die Grünen geführten Bundesregierung stand dies auch im Koalitionsvertrag. Wir müssen dafür sorgen, dass diese Forderung wieder in den Koalitionsvertrag der neuen Regierung kommt. Wir müssen dann die Bedingungen für eine erfolgreiche Umsetzung aushandeln. Die privaten Gläubiger wie Versicherungen und Banken müssen dabei eingeschlossen werden und der Prozess muss kontrolliert werden.

In Richtung „mehr Gerechtigkeit“ wurden in dieser Legislaturperiode wichtige Schritte unternommen. Z.B. wurde erstmals der Anteil von 0,7 % am Bruttoinlandsprodukt für Entwicklungszusammenarbeit erreicht. Das kürzlich beschlossene Lieferkettengesetz ist ebenfalls ein Schritt in die richtige Richtung. Es muss aber nachgebessert werden, auch kleinere Unternehmen müssen einbezogen werden.

- *Welche Möglichkeiten der Mobilisierung sehen Sie, um das Bewusstsein für das Thema Schuldenkrise im Globalen Süden und die Forderung nach einem internationalen transparenten Staateninsolvenzerfahren zu fördern?*

Die Koalitionsverhandlungen müssen von der Zivilgesellschaft begleitet werden, durch Presseerklärungen und Briefe an Abgeordnete, die diese an die Forderungen erinnern.

- *Teilen Sie die Befürchtung, dass nach den Wahlen der politische Diskurs sich auf innenpolitische Themen verlagern wird und internationale und entwicklungspolitische Themen in den Hintergrund gedrängt werden?*

Nein, die Befürchtung, dass in der zukünftigen Legislaturperiode der Schwerpunkt auf der Innenpolitik liegen und Deutschland seine Verantwortung für seine Rolle in der Welt vergessen könnte, teile ich nicht.

- *Die „große Politik“ ist die eine Sache, das Problembewusstsein an der Basis eine andere. Sehen Sie auch Möglichkeiten, entwicklungspolitische Themen wie das der Schuldenkrise im Globalen Süden auch vor Ort, etwa innerhalb der SPD stärker ins Bewusstsein zu rücken?*

Das wäre eine gute Sache. Wir können gerne eine Informationsveranstaltung zu diesem Thema organisieren. Ich werde Sie gerne dazu einladen.

- *Frau Breymaier, wir bedanken uns für das Gespräch.*
- 

## Gespräch mit Roderich Kiesewetter (CDU) am 16. 8. 2021

(Roderich Kiesewetter, Janine Piper, Herma Geiß, Rüdiger Walter)

- *Die Schuldenkrise im Globalen Süden spitzt sich immer weiter zu und wird dramatisch verschärft durch die Klimakrise und die Corona-Pandemie. Der Internationale Währungsfonds und die Weltbank sprachen bereits 2020 von einem „verlorenen Entwicklungsjahrzehnt“ und davon, dass die „Sustainable Development Goals“ (SDGs) nicht erreicht werden. Die Stimmen werden lauter, die in der Schuldenkrise des Globalen Südens ein strukturelles Problem sehen, das dringend der Reformierung bedarf. Bei den Vereinten Nationen wurde 2014 ein internationales, transparentes Staateninsolvenzverfahren gefordert. Die USA, Großbritannien und Deutschland haben dies abgelehnt. Im Wahlprogramm der CDU ist dieses Thema nur vage formuliert. Wie stehen Sie zu dieser Forderung?*

Für uns gilt das, was im Koalitionsvertrag von CDU / FDP 2009 stand.<sup>1</sup> Die Forderung

---

<sup>1</sup> Dort steht: „Kredite werden wir insbesondere unter Berücksichtigung der Schuldentragfähigkeit geben. Entschuldungen von Entwicklungsländern werden wir nur unter der Voraussetzung einer transparenten Haushaltsführung, der Bekämpfung von Korruption und Misswirtschaft sowie des Aufbaus einer soliden Wirtschaftsstruktur und der Stärkung der Eigenfinanzierung der Entwicklungsländer gewähren. Wir setzen uns zudem für die Implementierung einer internationalen Insolvenzordnung ein.“ (Quelle: [https://www.cdu.de/system/tdf/media/dokumente/091026-koalitionsvertrag-cducsu-fdp\\_0.pdf](https://www.cdu.de/system/tdf/media/dokumente/091026-koalitionsvertrag-cducsu-fdp_0.pdf), S. 128f)

nach einem internationalen transparenten Staateninsolvenzerfahren ist weiterhin wichtig. Aber es muss mit Regelungen verbunden sein und die Zivilgesellschaft muss beteiligt sein. Leider ist die damalige Forderung aus dem Koalitionsvertrag während dieser Legislaturperiode dann aus dem Blick geraten.

- *Wie stehen Sie zu Schuldenerlassen?*

Schuldenerlasse müssen an Konditionen gebunden werden. Wir haben in vielen Ländern korrupte Regierungen, die auch Nichtregierungsorganisationen schwächen. Die Eliten verschieben ihre Gelder auf Auslandskonten. Eine internationale Finanzpolizei muss diese Auslandskonten kontrollieren. Die Eliten müssen in die Pflicht genommen werden.

- *Was werden die ersten Schritte einer neuen Regierung sein, um das Thema internationales Staateninsolvenzerfahren voran zu bringen?*

Nach der Regierungsbildung wird es Aufgabe der Parteien sein, dieses Thema auf den Tisch zu bringen. Leider wird eine starke Stimme, Herr Dr. Müller, nicht mehr dabei sein. Die Gefahr wird sein, dass in der nächsten Legislaturperiode sozial- und innenpolitische Themen stark im Vordergrund stehen werden. Innenpolitisch werden wir vor großen Herausforderungen stehen: Eine Zunahme an Insolvenzverfahren, die Immobilien- und Mietkrise, die Konsequenzen des Klimawandels. Wir brauchen eine technologische Entwicklung, die auch für andere Länder reizvoll ist. Der Wandel muss bezahlbar sein und der gesellschaftliche Zusammenhalt muss gewährleistet werden. Die globale Perspektive darf aber trotz dieser innenpolitischen Herausforderungen nicht vergessen werden, auch nicht die Rolle Deutschlands in der Welt.

- *Welche Möglichkeiten der Mobilisierung sehen Sie, um das Bewusstsein für das Thema Schuldenkrise im Globalen Süden und die Forderung nach einem internationalen transparenten Staateninsolvenzerfahren zu fördern?*

Wichtig ist, mehr Menschen für globale und entwicklungspolitische Themen wie die Schuldenkrise zu interessieren.

- *Die „große Politik“ ist die eine Sache, das Problembewusstsein an der Basis eine andere. Sehen Sie auch Möglichkeiten, entwicklungspolitische Themen wie das der Schuldenkrise im Globalen Süden auch vor Ort, etwa innerhalb der CDU bzw. CDU-Jugend stärker ins Bewusstsein zu rücken?*

Super Idee. [Herr Kiesewetter ruft einen Vertreter der Jungen Union in den Raum und beschreibt kurz das Gesprächsthema] Ich halte es für gut, dass Ihr Euch das mal in der JU anhört und ich würde das gerne mal bei uns im Kreisvorstand diskutieren.

- *Herr Kiesewetter, wir bedanken uns für das Gespräch.*
-

# Treffen mit Tim Steckbauer (DIE LINKE) am 12. 8. 2021

(Tim Steckbauer, Herma Geiß, Rüdiger Walter)

- *Die Schuldenkrise im Globalen Süden spitzt sich immer weiter zu und wird dramatisch verschärft durch die Klimakrise und die Corona-Pandemie. Der Internationale Währungsfonds und die Weltbank sprachen bereits 2020 von einem „verlorenen Entwicklungsjahrzehnt“ und davon, dass die „Sustainable Development Goals“ (SDGs) nicht erreicht werden. Teilen Sie diese Befürchtungen?*

Ich teile die Einschätzung von IWF und Weltbank, die von einem „verlorenen Entwicklungsjahrzehnt“ sprechen. Die Wirtschaftsgerechtigkeit geht immer weiter verloren. Seit dem Ausbruch der Corona-Pandemie leben 60 Millionen Menschen mehr in Armut. Wir können die katastrophalen Folgen in Ländern wie Kolumbien, Argentinien, Brasilien, Jemen etc. beobachten. Man muss dagegen steuern.

- *Welchen Zusammenhang sehen Sie zwischen Klimakrise und Schuldenkrise?*

Klima- und Schuldenkrise gehören zusammen. Dies zeigt das Beispiel Karibik. Die Überschwemmungen in Deutschland zeigen, dass uns die Zeit davonrennt. In anderen Ländern erleben die Menschen dies tagtäglich.

Ein Systemwechsel ist wichtig. Das kapitalistische System ist auf extremes Wachstum ausgerichtet. In den Ländern in Afrika und Lateinamerika findet kaum eigene Wertschöpfung statt. Unser Reichtum beruht auf dem Kolonialismus. Das zieht sich bis heute weiter, die Industriestaaten quetschen viele Länder für ihre Ressourcen aus.

- *Die Stimmen werden lauter, die in der Schuldenkrise des Globalen Südens ein strukturelles Problem sehen, das dringend der Reformierung bedarf. Bei den Vereinten Nationen wurde 2014 ein internationales, transparentes Staateninsolvenzverfahren gefordert. Die USA, Großbritannien und Deutschland haben dies abgelehnt. Wie stehen Sie zu dieser Forderung?*

Die Forderung nach einem internationalen, transparenten Staateninsolvenzverfahren, angesiedelt bei der UN, steht bei uns im Wahlprogramm. Es ist perfide, dass bis jetzt alleine die Gläubiger entscheiden, was passiert. Oft ist dies verknüpft mit weiteren Sparmaßnahmen, was zur Verschlechterung der Lebensbedingungen der Menschen führt. Wichtig ist eine unabhängige Prüfung und eine unabhängige Entscheidungsinstanz. Das Existenzminimum für die Ärmsten muss gesichert sein. Die Schuldnerländer und die Gläubiger müssen sich auf Augenhöhe begegnen. Und wenn das Insolvenzverfahren eingeleitet ist, muss ein sofortiger Stopp der Schuldendienstzahlungen erfolgen.

- *Welche Möglichkeiten der Mobilisierung sehen Sie, um das Bewusstsein für das Thema Schuldenkrise im Globalen Süden und die Forderung nach einem internationalen transparenten Staateninsolvenzverfahren zu fördern?*

Ich bin ja ein Straßenpolitiker, ich habe immer vor Ort mobilisiert und an wichtigen Demonstrationen teilgenommen. Wichtig ist, Druck von der Straße aufzubauen. In der Fraktion hat jeder seinen Fachbereich. Dort müssen Gespräche zwischen NGOs, z.B. Erlassjahr.de, und Politikern stattfinden. Aber es ist auch wichtig, aus der eigenen Blase herauszukommen.

- *Die „große Politik“ ist die eine Sache, das Problembewusstsein an der Basis eine andere. Sehen Sie auch Möglichkeiten, entwicklungspolitische Themen wie das der Schuldenkrise im Globalen Süden auch vor Ort, etwa innerhalb der LINKEN stärker ins Bewusstsein zu rücken?*

Wissen Sie was, wir machen das einfach. Wir organisieren bei den LINKEN vor Ort immer Themenabende. Dann machen wir doch einen Themenabend mit einer Referentin von Erlassjahr.de, für Teilnehmer aus Aalen, Ellwangen, Heidenheim und Schwäbisch Gmünd.

- *Herr Steckbauer, wir bedanken uns für das Gespräch.*
- 

## Treffen mit Margit Stumpp (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN) am 23. 8. 2021

(Margit Stumpp, Elisabeth Petasch, Andreas Wenzel, Herma Geiß, Rüdiger Walter)

- *Die Schuldenkrise im Globalen Süden spitzt sich immer weiter zu und wird dramatisch verschärft durch die Klimakrise und die Corona-Pandemie. Der Internationale Währungsfonds und die Weltbank sprachen bereits 2020 von einem „verlorenen Entwicklungsjahrzehnt“ und davon, dass die „Sustainable Development Goals“ (SDGs) nicht erreicht werden. Teilen Sie diese Befürchtungen?*

Diese Sorge kann ich nachvollziehen. Viele Länder im Globalen Süden sind gekennzeichnet durch Kapitalflucht und Währungskrisen. Das Ziel der GRÜNEN bleibt langfristig der Aufbau eines kooperativen Weltwährungssystems.

Wenn man ein Bewusstsein für die Probleme des Globalen Südens, bedingt durch den Klimawandel, schaffen will, muss man nur ins Ahrtal schauen. Durch diese Katastrophen werden die Probleme des Globalen Südens eher vermittelbar. Und in der Finanzkrise haben wir in Europa gesehen, wie Länder wie Griechenland, Spanien, Italien in ihrer Entwicklung durch Austeritätsprogramme behindert wurden.

- *Die Stimmen werden lauter, die in der Schuldenkrise des Globalen Südens ein strukturelles Problem sehen, das dringend der Reformierung bedarf. Bei den Vereinten*

*Nationen wurde 2014 ein internationales, transparentes Staateninsolvenzverfahren gefordert. Die USA, Großbritannien und Deutschland haben dies abgelehnt. Wie stehen Sie zu dieser Forderung?*

Die GRÜNEN haben die Forderung nach einem internationalen transparenten Staateninsolvenzverfahren im Wahlprogramm. In der vergangenen Legislaturperiode haben die GRÜNEN einen entsprechenden Antrag gestellt. Schuldenerlasse sind notwendig, um die Prioritäten wie die Agenda 2063<sup>2</sup>, die SDGs und das Pariser Klimaabkommen in den Ländern umzusetzen.

- *Öffnet sich das Fenster für ein Staateninsolvenzerfahren in der nächsten Legislaturperiode?*

Die Bundesregierung muss motiviert werden, sich bei den G7 und den G20 dafür einzusetzen. Sie muss Verbündete suchen. Eine Koalition der Willigen muss vorangehen. Auf nationaler Ebene, auf EU-Ebene und international. Ohne einen Regierungswechsel werden diese Ziele nicht erreicht.

Beim Schuldenmoratorium und bei Schuldenerlassen müssen auch die privaten Gläubiger einbezogen werden.

- *Worin sehen Sie die Ursachen für Schuldenkrisen?*

Die Ursachen der Schuldenkrisen sind vielschichtig. Sie gehen bis in die Kolonialgeschichte zurück und sie werden erzeugt durch unfaire Handelsbeziehungen. Jetzt kommt die Klimakrise hinzu, die nicht vor Grenzen Halt macht. Wir sind ein Exportland und wir dürfen diese Zusammenhänge nicht außer acht lassen.

Oft wird als Ursache für die Schuldenkrise Korruption genannt. Aber wer füttert die Korruption in diesen Ländern? Die Vertreter der Industriestaaten stehen da in der Verantwortung. Wir müssen in dem Fall die Eliten sanktionieren, nicht die Bevölkerung.

- *Frau Stumpp, wir bedanken uns für das Gespräch.*

*Herma Geiß, 22. 9. 2021*

---

<sup>2</sup> Die Agenda 2063 ist ein strategisches Konzept zur sozio-ökonomischen Transformation des Afrikanischen Kontinents bis zum Jahr 2063, verfasst von der Afrikanischen Union.